

# WEITBLICK



ZEITUNG FÜR EINE GLOBAL GERECHTE UND ZUKUNFTSFÄHIGE POLITIK

5/2012  
INTERNATIONALE  
KLIMAPOLITIK /  
KLIMAGIPFEL

Schäden durch Klimawandel:  
Was bringt Doha? Seite 2

Kein neues Klimaabkommen  
ohne Gerechtigkeit. Seite 3

Anpassung an die Klimafolgen  
konkret. Seite 4

## EDITORIAL



**Hendrik Vygen**  
Vorstandsmitglied  
von Germanwatch

Liebe Leserin, lieber Leser,

lange Jahre habe ich das deutsche Verhandlungsteam bei den UN-Klimaverhandlungen geleitet. Seit gut fünf Jahren beobachte ich als Vorstandsmitglied von Germanwatch die Verhandlungen von außen. Das Schnecken-tempo der internationalen Verhandlungen einerseits und das Tempo des überall auf der Welt sichtbaren Klimawandels andererseits sind erschreckend.

Die Staats- und Regierungschefs müssen endlich ihrer Verantwortung gerecht werden. Wir brauchen entschlossenes Handeln, etwa bei der Umsetzung der deutschen Energiewende, Vorreiterallianzen, die zeigen, was möglich ist, und Mut, bei den Verhandlungen voranzugehen.

Deutschland muss in Doha klare Signale geben, dass es schnellstmöglich einen Beschluss der EU erreichen will, bis 2020 die Emissionen zumindest um 30 Prozent zu reduzieren, und bereit ist, für einen weiteren Anstieg der für die Vertrauensbildung so wichtigen Klimafinanzierung nach 2012 einzutreten.

Gemeinsam mit der von Umweltminister Altmaier angekündigten Allianz von Energiewendeländern muss Deutschland die notwendige Transformation des Energiesektors und den Klimaschutz außerhalb und innerhalb des UN-Prozesses vorantreiben.

Herzlich,

Ihr Hendrik Vygen

## Warum ich Germanwatch wichtig finde



**Wael Hmaidan**  
Direktor des Climate Action Network - International (CAN-I)

Der Weltklimagipfel (COP 18) in Doha stellt eine wichtige Gelegenheit für positive Veränderungen in der arabischen Region dar. Die Golf-Region, vor allem Katar, ist weitgehend auf Importe angewiesen, um ihre Bevölkerung zu ernähren. Deshalb ist die Region extrem verwundbar bezüglich der Auswirkungen des Klimawandels auf die Nahrungsproduktion. Gleichzeitig spielt sie eine Schlüsselrolle im globalen Energiesektor und somit auch eine wichtige Rolle bei der Lösung der Klimakrise. Barrieren zu überwinden, um den vielfältigen Krisen der Ernährungssicherheit, der Energieversorgung und des Klimawandels zu begegnen, ist Teil der visionären Arbeit von Germanwatch und sollte auch eines der Kernthemen sein, die die Golf-Region in Angriff nimmt.

# Das Eis wird dünner

## Handlungsfähig angesichts zuspitzender Klimakrise?

Das Jahr 2012 markiert eine deutliche Zuspitzung in der internationalen Klimadebatte. Die beschleunigte Eisschmelze in der Arktis (siehe Grafik Seite 2) lässt befürchten, dass wir hier auf unumkehrbare Kipp-Punkte im Klimasystem zusteuern. Die Klimawissenschaft ist inzwischen in der Lage, einige der großen Wetterkatastrophen der vergangenen Jahre – etwa die Hitzewellen in Europa (2003), Russland (2010) und Texas (2011) – mit ihren verheerenden Konsequenzen sehr eindeutig dem Klimawandel zuzuschreiben.

Doch obwohl die Emissionen im letzten Jahrzehnt dreimal schneller als im Jahrzehnt zuvor stiegen, hat es in diesem Jahr keine nennenswerten Fortschritte bei den UN-Klimaverhandlungen, dem Rio+20-Gipfel oder der Gruppe der zwanzig wichtigsten Schwellen- und Industrieländer G20 gegeben. Die strukturelle Handlungsfähigkeit wichtiger Akteure – USA, China, EU – wurde dadurch offen gelegt. Hoffnung gibt alleine das massive Wachstum der Erneuerbaren Energien in vielen Ländern der Welt.

## EU: Absage an weiteren Klimaschutz?

Die EU hat es auch in 2012 versäumt, ein mit dem von ihr als notwendig erachteten 2°C-Limit einigermaßen konsistentes Klimaziel zu beschließen und ihre Ambition zumindest von 20 auf 30 Prozent CO<sub>2</sub>-Verringerung bis 2020 (gegenüber 1990) anzuheben. Auch wenn hier vor allem ein Land – Polen – als Dauerblockierer aufgetreten ist, ist dies ein Skandal: Denn Europa hat bereits 18 Prozent Verringerung geschafft. Wenn man die in der EU anerkannten Emissionszertifikate aus Entwicklungsländern berücksichtigt, sind es sogar 21 Prozent. Konkret heißt das: Die EU kündigt derzeit an, bis 2020 keinen zusätzlichen Klimaschutz leisten zu wollen. Kein Wunder, dass sie auf dieser Basis die Allianz mit den kleinen Inselstaaten und den ärmsten Entwicklungsländern (Least Developed Countries) nicht maßgeblich voranbringen konnte – diese war für den unzureichenden Durchbruch beim Klimagipfel 2011 in Durban zentral.

Das Versagen der Politik spiegelt sich auch darin, dass bereits heute in den Auftragsbüchern der großen privaten und öffentlichen fossilen Energiekonzerne etwa das Fünffache der CO<sub>2</sub>-Emissionen weltweit verbucht ist, die die Atmosphäre bei Berücksichtigung des Zwei-Grad-Limits noch aufnehmen kann (vor allem in Kohle, Teersand, Öl- und unkonventionellen Gasreserven). Für jede Regierung, die geschworen hat, Schaden von ihrem Volk abzuwehren, würde es ein Versagen bedeuten, diese organisierte, selbstzerstörerische Verantwortungslosigkeit zuzulassen. Es ist ihre Aufgabe zu verhindern, dass vier Fünftel der fossilen Reserven, die bereits jetzt in den Büchern der Investoren stehen, tatsächlich verbrannt werden. Für die Zivilgesellschaft stellt sich die Frage, wie sie den gewaltfreien Widerstand gegen eine solche Entwicklung voranbringen kann.

## Von Durban nach Doha

Vor diesem Hintergrund beendet die diesjährige Klimakonferenz in Doha, Katar (COP 18) das „Jahr Eins“ auf dem Weg zu einem alle Länder umfassenden Klimaabkommen, dessen Vorbereitung im letzten Jahr beim Klimagipfel in Durban auf den Weg gebracht wurde und dessen

Verabschiedung für 2015 angepeilt ist. Sie findet zudem in engem zeitlichen Zusammenhang mit der Etablierung neuer Regierungen bei den beiden Schwergewichten USA und China statt. Von der Konferenz ist daher nur ein vorbereitender Schritt auf diesem Weg zu erwarten. Die große Frage ist: Gibt es diese bescheidenen, aber wichtigen Fortschritte? Oder endet der Gipfel mit einem inhaltlich weitgehenden Scheitern und einem großen Rückschlag für die UN-Klimapolitik?

## Doha kann ein Meilenstein werden:

- mit einer Formalisierung einer zweiten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls mit ambitionierten Klimazielen und ohne große Schlupflöcher,
- mit einem klaren Arbeitsprogramm, um die Ambitionsücke in den nächsten Jahren zu schließen,
- mit einem konkreten Fahrplan für die Verhandlungen bis 2015,
- mit einer klaren Aufwuchsperspektive für die Finanzierung für Klimaschutz und Anpassung an die Klimafolgen in Entwicklungsländern nach 2012,
- mit einer entschlossenen Antwort zum Umgang mit Schäden und Verlusten aus dem Klimawandel.

## Handeln, Verhandeln, Koalitionen: Schnell!

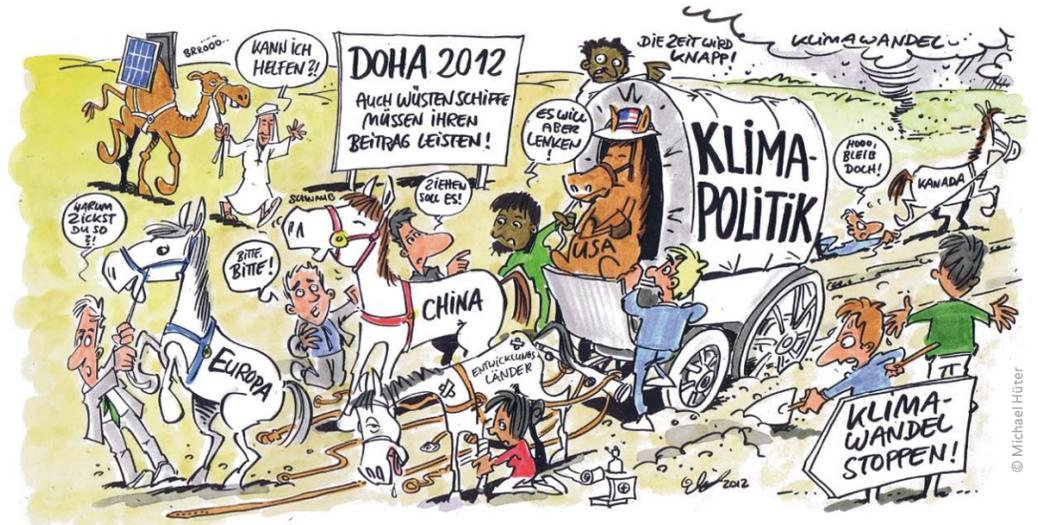
Die Dimension *Verhandeln* muss unterstützt werden durch konkretes, ambitioniertes *Handeln* möglichst vieler Länder, um die notwendige Transformation des Energie-, Verkehrs- und

Landwirtschaftssystems einzuleiten. Der Aufbau von *Allianzen* von Vorreiter-Ländern kann ein Scharnier sein, um *Handeln* und *Verhandeln* zu verknüpfen und in beiden Bereichen eine Aufwärtsdynamik zu erzeugen. Als Hauptakteure für solche Allianzen kommen vor allem klimapolitisch besonders progressive Staaten (sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer) und die besonders verletzlichen Entwicklungsländer in Frage. Sehr wichtig sind natürlich auch mögliche Kooperationen mit den großen Schwellenländern China, Indien, Südafrika oder Brasilien.

Wenn es Umweltminister Altmaier tatsächlich gelingt, einen wirkungsvollen Club der Erneuerbare-Energien-Länder aufzubauen, könnte das ein solcher Schritt sein. Allerdings nur, wenn die Ambition der Vorreiter zu einem echten Maßstab wird. Qualität sollte hier vor Quantität gehen. Andererseits bedarf es auch einer kritischen Masse von Akteuren. Aber ein weiterer Club oder eine weitere Partnerschaft, wo jeder dabei sein darf, ist nicht hilfreich.

Positiv ist zweifelsohne bereits jetzt, dass die COP 18 – entgegen vieler Erwartungen – im arabischen Raum durchaus eine aktivere Auseinandersetzung mit dem Klimawandel angestoßen hat. Dies ist bereits von vergangenen Klimakonferenzen bekannt. Wie nachhaltig diese Dynamik ist, wird sich aber auch erst in den nächsten Jahren zeigen. Solche regionalen Strategien müssen parallel zu den Klimaverhandlungen vorgebracht werden und sie dynamisieren.

Sven Harmeling, Christoph Bals



## Klimagipfel in Doha: Erwartungen an die Bundesregierung

Die deutsche Bundesregierung kann durch entschlossenes Handeln in Doha den Klimaverhandlungen Rückenwind verschaffen, indem sie

- ▶ vor der Weltgemeinschaft deutlich macht, dass sie die Energiewende entschlossen weitergeht und sich deutlich dafür ausspricht, dass die EU ihr Emissionsminderungsziel so bald wie möglich auf mindestens 30 Prozent bis 2020 (gegenüber 1990) hochsetzt;
- ▶ deutlich macht und quantifiziert, wie Deutschland seine für Entwicklungsländer bereitgestellte Klimafinanzierung jenseits von 2012 an steigert;
- ▶ mit den besonders verletzlichen ärmsten Entwicklungsländern, Afrika und den Inselstaaten, aber auch mit den besonders relevanten Staaten wie China und Indien Kooperationsmodelle weiterentwickelt und den anvisierten Energiewende-Club zu einem Zusammenschluss der ambitionierten Klimavorreiter macht.

Sven Harmeling

# Gemeinsame Antworten auf ein drängendes Problem

## Schäden durch Klimawandel: Was bringt der Klimagipfel in Doha?

Schäden aufgrund des Klimawandels (englisch „Loss and Damage“) erlangen wachsende Prominenz in der UN-Klimapolitik. Was sagt die Klimawissenschaft über mögliche Konsequenzen des Klimawandels?

### Die 2°C-Welt:

Selbst bei einem Temperaturanstieg von unter 2 °C in diesem Jahrhundert – erklärtes Ziel der internationalen Staatengemeinschaft – würden sich die Wasserprobleme in vielen Regionen, insbesondere in Afrika, durch Veränderungen der Niederschläge weiter verschärfen. Bereits bei einem Anstieg von 1,5 °C werden Korallen-Ökosysteme durch Ozeanversauerung und Temperaturanstieg massiv beeinträchtigt. Der Meeresspiegel würde – vor allem wegen der beschleunigten Eisschmelze in Grönland – bis Ende des Jahrhunderts bei +1,5 °C vermutlich um ca. 75 cm steigen und dadurch zum Beispiel mehr als zehn Prozent der Landfläche von Bangladesch dauerhaft verloren gehen.

### Die 4°C-Welt:

Bei einem Anstieg von durchschnittlich 4 °C, der mit den gegebenen Klimaschutzversprechen leider durchaus realistisch ist, könnte der Meeresspiegel in diesem Jahrhundert bereits um einen Meter ansteigen, langfristig deutlich mehr. Ein bis zwei Meter Meeresspiegelanstieg ver-



Folge eines Hurrikans: Ein verlassenes Haus auf Jamaika.

ursachen zum Beispiel in den 15 Ländern der Karibik schätzungsweise einen ökonomischen Schaden von bis zu zwölf Prozent des Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2050. Eine wärmebedingte Zerstörung tropischer Regenwälder, insbesondere im Bereich des Amazonas, würde zunehmend größere Mengen an CO<sub>2</sub> freisetzen. Verschiedene Kippunkte könnten das Klima für ganze Kontinente radikal umgestalten.

### Die 6°C-Welt:

Ein Anstieg von 4 °C in diesem Jahrhundert würde wahrscheinlich langfristig zu einem Anstieg von 6 °C führen, doch bei ausbleibendem Klimaschutz ist dies bereits in diesem Jahrhundert möglich. Zu den erwarteten Auswirkungen liegen nahezu keine Studien vor. Die jüngste historische Analogie einer 6°C-Welt liegt etwa 55 Millionen Jahre zurück und war durch radikale klimatische Änderungen geprägt. Das Tempo war allerdings deutlich geringer, als es bei einem solchen Anstieg in diesem Jahrhundert wäre. Eine weitreichende Auslöschung existierender Ökosysteme, wie sie damals geschah, ist anzunehmen; mit katastrophalen Konsequenzen für die menschliche Zivilisation.

Selbst bei umfangreichen Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, die eine hohe Priorität haben müssen, und ambitioniertem Klimaschutz im Sinne eines 2 °C-Limits, werden nicht mehr alle Schäden des Klimawandels zu vermeiden sein.

Auch deshalb steht „Loss and Damage“ nun bei der Klimakonferenz in Doha auf der Agenda. Germanwatch verfolgt das Arbeitsprogramm der UN-Klimaverhandlungen dazu im Rahmen der „Loss and Damage in Vulnerable Countries Initiative“ eng. Für Doha stellt sich die Frage: Wie können die Länder auf das wachsende Problem reagieren? Fast 100 der verletzlichsten Staaten – die Gruppen der ärmsten Entwicklungsländer (LDCs) und der kleinen Inselstaaten

– sehen die Notwendigkeit, einen internationalen Mechanismus zu etablieren, damit sich der UN-Prozess dauerhaft der Thematik annimmt. Wichtige Ergebnisse könnten eine verbesserte Datenerhebung und internationale Koordination sowie größere Unterstützung beim Umgang mit dem Problem sein. Auch ein politisch kontroverses Thema wie Kompensationen für Klimaschäden kann nicht dauerhaft verschwiegen werden.

Wenngleich es in Doha voraussichtlich kontroverse Verhandlungen über „Loss and Damage“ geben wird, lässt sich gleichzeitig nicht bestreiten, dass die Weltgemeinschaft aufgrund des bisherigen Klimaschutzversagens gemeinsame Antworten auf dieses wachsende Kollektivproblem finden muss.

Sven Harmeling, Sönke Kreft

## Klimaschäden

### Fallbeispiele aus Entwicklungsländern

Viele Menschen, vor allem in den besonders verletzlichen Entwicklungsländern, erfahren den Klimawandel bereits am eigenen Leibe – durch Schäden aus extremen Wetterereignissen oder auch schleichenden Veränderungen wie dem Meeresspiegelanstieg oder der Gletscherschmelze.



Mikronesien: Häuser werden während eines Sturms vom Meerwasser umspült.

armen Bäuerinnen und Bauern und ihre Familien führen.

Auf der Insel Kosrae (Mikronesien) beschädigt die Küstenerosion durch Meeresspiegelanstieg und Stürme viele Gebäude. Etwa 50 Prozent der mehr als 300 befragten Haushalte versuchten, sich selbst zu schützen, zum Beispiel durch den Bau von Schutzwällen oder den Umzug ins Landesinnere. Doch 95 Prozent dieser Gruppe berichteten auch, dass die Maßnahmen nicht ausreichen und Extrakosten verursachen.

Im Sathkira-Distrikt in Bangladesch fiel dem Sturm Aila 2009 ein Großteil der Reisernete zum Opfer. Durch das Eindringen von Salzwasser wurden die Böden dauerhaft geschädigt, so dass die Ernte auch in den beiden Folgejahren nur etwa die Hälfte der Jahre vor Aila betrug. Die Verluste beliefen sich in vier Dörfern auf fast zwei Millionen US-Dollar.

Auch wenn diese Erkenntnisse nicht einfach verallgemeinerbar sind, zeigen sie doch das menschliche Gesicht des Klimawandels und Gefahren für die Lebensbedingungen vieler insbesondere armer Menschen für die Zukunft.

Koko Warner und Kees van der Geest, UNU-EHS

In einem umfangreichen Forschungsprojekt führte das Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen in Bonn (UNU-EHS) in diesem Jahr Fallstudien in mehreren der ärmsten Entwicklungsländer durch. Viele Experten aus diesen Ländern wirkten daran mit. Wissenschaftliche Einblicke sollen zeigen, ob und wie der Klimawandel bereits heute die Fähigkeiten der Menschen zum Umgang mit diesen Gefahren übersteigt. Die Studien sind Teil der „Loss and Damage in Vulnerable Countries Initiative“, eines gemeinsamen Projektes der UNU-EHS, Germanwatch und weiterer Partner, finanziert durch das britische Climate and Development Knowledge Network (CDKN). Die finalen Ergebnisse werden beim Klimagipfel in Doha vorgestellt.

Zwischen Juni und August befragten die Forscher jeweils mehrere hundert Haushalte in fünf verschiedenen Ländern (Bhutan, Mikronesien, Bangladesch, Gambia, Kenia). Dabei kam beispielsweise heraus, dass im Punakha-Distrikt im asiatischen Bergstaat Bhutan das spätere Einsetzen der Monsun-Regenfälle und insgesamt geringere Niederschläge die Wasserverfügbarkeit für den Reisbau verringern. Zwar reagieren die Bauern bereits darauf, z. B. durch Wechsel zu weniger wasserintensiven Nutzpflanzen oder gemeinschaftliche Nutzung des Wassers. Immerhin 84 Prozent der Befragten sagten allerdings auch, dass diese Maßnahmen nicht ausreichen und zu zusätzlichen Kosten für die ohnehin schon

## Gerechter Zugang zu Energie in Indien

### Subventionen für fossile Brennstoffe kommen nicht den Armen zugute

Subventionen für fossile Brennstoffe sind in Indien nichts Neues. Sie sind gängige Praxis seit der Unabhängigkeit Indiens 1947 und wurden erstmals bereits während des Zweiten Weltkrieges eingeführt, als Indien noch unter britischer Herrschaft stand.

Eines der ersten subventionierten Erdölprodukte in Indien war Kerosin. Durch die Subventionierung sollte die Verteilung gesichert werden, um so gegen die akute Knappheit von Kerosin und anderen Brennstoffen während des Zweiten Weltkrieges anzugehen. Diese Subventionen dienten auch der Regulierung der Nachfrage, da subventioniertes Kerosin über ein extra zu diesem Zweck geschaffenes, öffentliches Verteilungssystem („Public Distribution System“) verteilt wurde. Nach dem Krieg, als sich die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln und anderen Gütern verbesserte, wurde das Verteilungssystem abgeschafft, die Subventionen für Kerosin aber blieben.

Um den Pro-Kopf-Energieverbrauch zu steigern, führte die indische Regierung Ende der 1960er Jahre Subventionen für „Liquefied Petroleum Gas (LPG)“ – Flüssiggas – ein. Sie wollte die Haushalte dazu ermuntern, LPG statt „traditioneller Biomasse“ zum Kochen zu verwenden. Während die Subventionen für LPG in ganz Indien galten, beschränkte sich die Verfügbarkeit von LPG jedoch auf städtische Gebiete; Flüssiggas zu nutzen bedeutete außerdem, moderne Öfen zu kaufen. Deshalb profitierten von subventioniertem LPG vor allem die Reichen und die Mittelschicht. Das ist selbst heute noch so – mehr als 50 Jahre nach Einführung der Subvention.

Wenngleich die starke Subventionierung von Flüssiggas für die Regierung eine „Politik für die Armen“ ist, muss festgestellt werden, dass auch heute nur fünf Prozent der Bevölkerung ländlicher Gebiete Zugang zu LPG haben und ansonsten Feuerholz zum Heizen verwenden.

Sowohl Kerosin als auch Strom werden in Indien hauptsächlich zur Beleuchtung genutzt. Die Subventionen für Kerosin und Strom dienen also dazu, die Haushalte mit ausreichend Licht zu einem erschwinglichen Preis zu versorgen. Studien zeigen jedoch, dass KonsumentInnen im ländlichen Raum einen viel höheren Preis zahlen als StadtbewohnerInnen, weil sie sowohl den subventionierten Strom als auch das subventionierte Kerosin – wenn die Stromversorgung ausfällt – bezahlen müssen; während die StadtbewohnerInnen nur für Elektrizität zahlen.

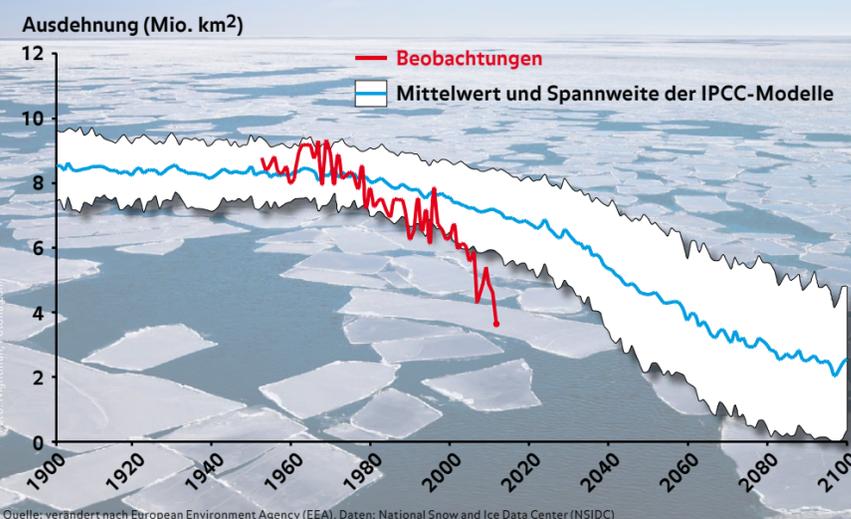
Hieraus lässt sich klar schließen, dass diese Verbrauchersubventionen nicht zu einem gerechten Zugang zu Energie beitragen. Deshalb ist eine gründliche Prüfung und Reform der Politiken notwendig – nicht nur um sicherzustellen, dass die Subventionen bei den Armen ankommen, sondern noch wichtiger um den Armen Zugang zu nachhaltiger, erschwinglicher und sauberer Energie zu ermöglichen. Dies wiederum können Erneuerbare Energien leisten.

Srinivas Krishnaswamy, Gründer und Leiter der Vasudha Foundation in Indien

Weitere Infos:  
[www.vasudha-india.org](http://www.vasudha-india.org)

## Das Eis in der Arktis schmilzt schneller als vermutet

### Beobachtete und vorhergesagte Ausdehnung des arktischen Meereises im Monat September



Die Grafik zeigt die beobachtete Ausdehnung des arktischen Meereises (rote Linie) und die Prognosen aus dem vierten Sachstandsbericht des Weltklimarates IPCC von 2007 (die blaue Linie zeigt den Mittelwert der Modelle). Im September 2012 betrug die Ausdehnung des arktischen Meereises 3,61 Mio km<sup>2</sup> – das entspricht weniger als der Hälfte des vorhergesagten Mittelwertes der IPCC-Modelle.

# Doha wird ein Meilenstein

Interview mit Pa Ousman Jarju, dem Vorsitzenden der Gruppe der „Least Developed Countries“ (LDC)

Die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) gelten als besonders verwundbar gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels. Wie nehmen die Menschen in den LDCs selbst den Klimawandel wahr?



Für uns sind die Auswirkungen des Klimawandels in unserem Alltag deutlich spürbar. Viele Menschen in der Sahelzone sind von Dürren und Überflutungen betroffen. In manchen Regionen folgen oft auf Dürren im einen Jahr Überflutungen im nächsten Jahr. Länder wie Bangladesch oder kleine Inselstaaten bekommen die Auswirkungen durch den Meeresspiegelanstieg zu spüren. In Gambia erleben wir den Eintrag von Salzwasser, was sich sowohl auf die Bodenqualität der Reisfelder als auch auf Frischwasser-Reserven auswirkt. 70 Prozent der Hauptstadt Banjul liegen unter dem Meeresspiegel. Laut Vorhersagen würde die gesamte Hauptstadt, die gleichzeitig das ökonomische Zentrum des Landes bildet, bei einem Meeresspiegelanstieg von einem Meter überflutet. Wir haben 60 Prozent unserer Strände aufgrund von Küstenerosion verloren.

Was sind die zentralen Erwartungen der LDCs an den Klimagipfel? Wird Doha ein Meilenstein im Kampf gegen den Klimawandel oder eine verpasste Gelegenheit?

Ich denke, Doha wird ein Meilenstein. Wir müssen sicherstellen, dass wir das auf Regeln basierende System fortsetzen, indem wir eine zweite, ratifizierbare Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls verabschieden. Wichtig sind Fortschritte bei der gemeinsamen Vision der Länder durch eine Einigung auf ein so genanntes „Peak Year“, basierend auf dem Stand der Wissenschaft, ab dem die Emissionen global nicht mehr steigen, sondern sinken sollen. Dazu muss auch ein Arbeitsplan beschlossen werden, den Klimaschutz vor 2020 deutlich zu erhöhen.

Darüber hinaus ist der Fahrplan für die Verhandlungen zu einem neuen Abkommen bis 2015 mit klaren Meilensteinen zu füllen. Zudem ist es wichtig, den Überprüfungsprozess der Fortschritte auch in Bezug auf die Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 °C zu starten. Ohne dass die angemessene Klimafinanzierung nach 2012 sichergestellt ist, kann Doha nicht als Erfolg bezeichnet werden. In Bezug auf Klimaanpassung würden wir gerne sehen, dass der Prozess für Nationale Anpassungspläne in Bewegung gesetzt wird, um unseren Ländern zu helfen, langfristig den Klimawandel zu bewältigen. Dafür müssen auch Finanzmittel bereit gestellt werden.

Was erwarten Sie von der Diskussion über Schäden des Klimawandels?

„Loss and damage“, also nicht vermeidbare Klimaschäden, betreffen die LDCs zunehmend. Dieses Jahr war sehr entscheidend. Das Arbeitsprogramm unter der UN-Klimakonvention führte durch seine regionalen Expertentreffen in Entwicklungsländern zur Verständigung darüber, was Länder bereits an Schäden erfahren und wie sie versuchen zu handeln. Wir müssen ein übergeordnetes Gremium einrichten, das die Koordination von Arbeiten zu „Loss and Damage“ durchführt. In Doha sollten wir uns auf Elemente einigen, die uns beim Vorankommen leiten könnten.

Im letzten Jahr in Durban trug die gemeinsame Positionierung der LDCs und der kleinen Inselstaaten (AOSIS) mit der EU entscheidend zum Durchbruch bei. Kann eine solche Koalition neue Dynamik bringen?

Die Zusammenarbeit mit der EU, AOSIS und Afrika in Durban war sehr fruchtbar. Wir wollten ähnliche Themen vorantreiben, zum Wohle unseres Planeten und unserer Länder. Wir alle

wollen ein ambitioniertes Regime für das Kyoto-Protokoll und die Zukunft. Jüngste Forschungsergebnisse zeigen, dass die EU ihr 2020-Ziel von 20 Prozent CO<sub>2</sub>-Reduktion bereits erreicht hat. Die EU sollte sich deshalb 30 Prozent zum Ziel setzen, denn eine zweite Verpflichtungsperiode unter Kyoto mit 20 Prozent ist nicht viel. Wir als LDCs haben konkrete Modalitäten vorgeschlagen, wie die EU von 20 auf 30 Prozent kommen könnte.

Wie kann Deutschland die LDCs in ihrem Kampf gegen den Klimawandel unterstützen?

Der Erfolg der deutschen Energiewende ist sehr wichtig. Wir haben Respekt vor der Initiative,

aus der Atomenergie auszusteigen und die erneuerbaren Energien stark auszubauen. Dies sollte auch zum Aufbau von Kapazitäten in anderen Ländern in Richtung einer CO<sub>2</sub>-armen Gesellschaft beitragen. Die deutsche Öffentlichkeit sollte außerdem die fortwährende Unterstützung von LDCs durch die deutsche Regierung würdigen. Anfang November war ich in Berlin und hatte ein Treffen mit deutschen Parlamentariern. Wir würden diese Zusammenarbeit mit dem deutschen Umweltausschuss und der deutschen Zivilgesellschaft gerne fortsetzen.

Interview: Sven Harmeling  
Übersetzung: Claudia Kaiser

## Mehr als eine mathematische Formel

Kein neues Klimaabkommen ohne Gerechtigkeit

kleinteilige Verhandlungen über Klimafinanzierung, Technologiemechanismen, wissenschaftliche Überprüfungen – die Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen wurden im Laufe der Jahre immer technischer. Aus Sicht der internationalen NGOs ist und bleibt der Klimawandel jedoch vor allem eine moralische Frage. Die Industrieländer tragen bislang die Hauptverantwortung für die heute spürbaren Auswirkungen des Klimawandels. Allerdings trifft die klassische Aufteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern nicht länger zu. So findet der diesjährige Klimagipfel in Katar in einem „Entwicklungsland“ statt, das pro Kopf die höchsten Emissionen der Welt hat. Drei Fünftel der Emissionen stammen heute aus Schwellen- und Entwicklungsländern. Was aber nach wie vor stimmt: Die Armen – vor allem in Entwicklungsländern – sind die Hauptbetroffenen, obwohl sie zum Klimawandel kaum beigetragen haben. Den alten und neuen Ungerechtigkeiten im Klimasystem muss die internationale Klimapolitik entgegenreten.

Industrieländer dürfen sich aufgrund ihrer historischen und heutigen Verantwortung und größeren Handlungsfähigkeit nicht davor drücken, ihre Emissionen drastisch zu reduzieren und Entwicklungsländer finanziell, mit Technologie und Capacity Building (Weiterbildung und Kompetenzentwicklung) bei Klima- sowie Regenwaldschutz und Anpassung zu unterstützen.

Ein zukunftsfähiges Gerechtigkeitsverständnis muss aber auch berücksichtigen, dass die Verantwortung insbesondere der Schwellenländer stetig wächst. Ohne mehr Klimaschutz dort ist die Überlebensperspektive der verletzlichsten Menschen und Länder düster. Dynamik wird aber vor allem daraus erwachsen, wenn viele

der ärmeren Staaten an den Chancen einer globalen Transformation in Richtung emissionsarmer Entwicklungspfade ernsthaft teilhaben.

Für Indien, seit Anbeginn der Verhandlungen ein Verfechter der Gerechtigkeit, stand die Gerechtigkeitsfrage – oder genauer: gerechter Zugang zu nachhaltiger Entwicklung – beim Klimagipfel letztes Jahr in Durban wieder im Vordergrund. Zunächst forderte Indien einen Workshop zur Gerechtigkeitsfrage ein, der im Mai dieses Jahres als Startpunkt der neuen Diskussion sicherlich einen Beitrag zum Verständnis der verhandelnden Länder untereinander leisten konnte. Wichtiger jedoch: In der letzten Verhandlungsnacht von Durban standen sich Indien mit der Gerechtigkeitsfrage und die EU mit dem Wunsch nach rechtlicher Verbindlichkeit eines neuen Abkommens gegenüber. Ein Kompromiss konnte früh morgens gefunden werden und so verhandeln wir nun bis 2015 ein neues rechtsverbindliches Abkommen.

Die Gerechtigkeitsfrage lebt bei den Klimaverhandlungen somit wieder auf – nicht nur bei den Reduktionszielen sondern auch bei Anpassung, Klimafinanzierung, Technologieaustausch und Capacity Building. Klar ist: Ohne Gerechtigkeit wird es kein neues Klimaabkommen geben – allerdings auch keine globale Gerechtigkeit ohne Klimaabkommen.

Die große Frage für Doha und darüber hinaus ist daher: Wie lässt sich Gerechtigkeit operationalisieren? Über eine einzige mathematische Formel zur Verteilung von Emissionsminderungen oder Klimafinanzierungspflichten, wie von manchen diskutiert, sicher nicht.

Rixa Schwarz

### AKTION

## Germanwatch? Gefällt mir!

Immer mehr Menschen nutzen unsere Zeitung Weitblick (Abonnement: [www.germanwatch.org/de/abos-bestellen](http://www.germanwatch.org/de/abos-bestellen)) oder unsere Website, um sich über die wichtigen Nachhaltigkeitsthemen Klima, Welternährung und Unternehmensverantwortung zu informieren. Wenn Sie Facebook nutzen, können Sie unsere Arbeit ab sofort auch in den sozialen Medien verfolgen:

- Gibt es Fortschritte bei den UN-Klimaverhandlungen?
- Wie bringt sich Germanwatch in die Debatten um die Große Transformation oder die deutsche Energiewende ein?
- Werden in Deutschland faire Handys angeboten?
- Gibt es neue Unterrichtsmaterialien oder Filme von Germanwatch?
- Wo läuft die Fotoausstellung „Mensch Macht Milch“ gerade?

Wir halten Sie dort über die Arbeit von Germanwatch, aktuelle Ereignisse und spannende Veranstaltungen aus dem Bereich der Umwelt- und Entwicklungspolitik auf dem Laufenden.

Auch vom diesjährigen UN-Klimagipfel COP 18, der vom 26. November bis 7. Dezember in Katars Hauptstadt Doha stattfindet, berichtet unser Team live über die neuesten Entwicklungen bei den Klimaverhandlungen.

Besuchen Sie unsere Facebook-Seite und bleiben Sie so am digitalen Puls des Geschehens – und „liken“ Sie uns!

[www.facebook.com/Germanwatch](http://www.facebook.com/Germanwatch)

## Weichenstellungen im Jahr 2015

Den Klimawandel wieder auf die politische Agenda setzen

Je deutlicher die Konsequenzen des Klimawandels, desto stiller wird es um das Thema. In den Debatten der US-Präsidentschaftskandidaten fiel kein Wort zum Klimawandel und auch in Deutschland berichten die Medien inzwischen kaum noch darüber.

Wie ist diese Spirale des Schweigens zu deuten? Was bewirken Lobbystrategien von fossilen Unternehmen wie Exxon – in Deutschland Esso – oder Koch Brothers, den großen Financiers der konservativen „US-Tea-Party“? Was ist Folge der Ernüchterung nach dem Misserfolg des Klimagipfels von Kopenhagen? Was ist der EU-Krise geschuldet? Welchen Einfluss hat der Medientrend, immer kurzatmigere Hypes zu generieren, statt mit langem Atem über Relevantes zu berichten? Oder ist es eine Verdrängungsstrategie, angesichts der unschönen Welt, die wir unseren Kindern hinterlassen?

Kann es der Klimabewegung gelingen, die Klimafrage in den nächsten Jahren wieder dorthin zu setzen, wo sie hingehört: ganz oben auf die politische Agenda? Derzeit zeichnet sich als nächstes Fenster der Möglichkeiten ein auf das Jahr 2015 bezogener Prozess ab. Im Jahr 2015

- ▶ soll es das neue internationale Abkommen im Klimaschutz geben;

- ▶ sollen international die Millennium-Entwicklungsziele der Armutsbekämpfung weiterentwickelt und durch Globale Nachhaltigkeitsziele ergänzt werden;
- ▶ liegt der neue Bericht des Weltklimarates IPCC auf dem Tisch;
- ▶ soll der zukünftige internationale Rahmen für die Katastrophenvorsorge vereinbart sein (als Nachfolge des Hyogo-Rahmenwerks);
- ▶ hat Deutschland die G8-Präsidentschaft inne;
- ▶ findet die Expo 2015 in Mailand unter dem Motto „Den Planeten ernähren, Energie für das Leben“ statt.

Viele Chancen also, das Thema auf die Agenda zu setzen. So wichtig es ist, dass die Schweigespirale durchbrochen wird, so geht es aber doch nicht darum, im Jahr 2015 einen neuen Kopenhagen-Moment zu generieren. Es geht nicht um alles oder nichts, sondern darum, verschiedene Durchbrüche zu erreichen. Jeder in Wirtschaft und Politik soll sehen: Dieses Thema lässt sich nicht von der Agenda verdrängen. Wer politisch oder wirtschaftlich gegen den Klimaschutz wettet, wird sich irgendwann verwundert die Augen ob dieser Fehlinvestition reiben.

Christoph Bals

## Termine

- **Greifswald, 07.11.-20.12.12:** Fotoausstellung „Mensch Macht Milch“. Weitere Infos: [www.germanwatch.org/de/5520](http://www.germanwatch.org/de/5520)
- **Berne, 20.11.-01.12.12:** Fotoausstellung „Mensch Macht Milch“. Weitere Infos: [www.germanwatch.org/de/5603](http://www.germanwatch.org/de/5603)
- **Braunschweig, 29.11.12:** Workshop „Soziale Nachhaltigkeit und Erneuerbare Energien“, u.a. mit Katja Rottmann. Weitere Infos: [www.germanwatch.org/de/5415](http://www.germanwatch.org/de/5415)
- **Bad Dürkheim, 30.11.12:** Jahrestagung der ANU Rheinland-Pfalz, mit einem Vortrag von Stefan Rostock. Weitere Infos: [www.germanwatch.org/de/5454](http://www.germanwatch.org/de/5454)
- **Weingarten, 07.-12.12.12:** Weingartener Afrika-Gespräche, mit einem Vortrag von Dr. Ludger Reuke. Weitere Infos: [www.germanwatch.org/de/5608](http://www.germanwatch.org/de/5608)
- **Vallendar, 12.12.12:** Globale Herausforderungen anpacken. Germanwatch-Tagesseminar für Jugendorganisationen. Weitere Infos: [www.germanwatch.org/de/5400](http://www.germanwatch.org/de/5400)

## Wer wir sind – was wir wollen

## Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Weltenernährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

## Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Schiffbauerdamm 15, 10117 Berlin  
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn  
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org), E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

## Spenden

Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 205 00). Aus dem Ausland: BIC / Swift: BFSWDE33BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00

## Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Daniela Baum, Gerold Kier, Pascal Molinaro. Stand: November 2012. Layout: Dietmar Putscher, Köln. Auflage 105.000.

Gedruckt auf Recyclingpapier mit umweltfreundlichen Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.

Gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Europäischen Union. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.



## Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich). [www.germanwatch.org/de/weitblick](http://www.germanwatch.org/de/weitblick)
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Germanwatch-Kurznachrichten (alle sechs Wochen) [www.germanwatch.org/de/abos-bestellen](http://www.germanwatch.org/de/abos-bestellen)
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter KlimaKompakt (1 bis 2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. [www.germanwatch.org/de/klimakompakt](http://www.germanwatch.org/de/klimakompakt)
- \_\_\_\_\_ Exemplare dieser Zeitungsausgabe. Kostenlos. [www.germanwatch.org/de/weitblick](http://www.germanwatch.org/de/weitblick)
- Hintergrundpapier: Ausblick auf den Klimagipfel in Doha. 5 Euro. [www.germanwatch.org/de/5593](http://www.germanwatch.org/de/5593)
- Discussion Paper: Green Climate Fund: Timely Action Needs Early Pledges. 5 Euro. [www.germanwatch.org/de/5466](http://www.germanwatch.org/de/5466)
- Rechenschaftsbericht Germanwatch 2011/2012. Kostenlos. [www.germanwatch.org/de/5451](http://www.germanwatch.org/de/5451)
- Hintergrundpapier: Eine strategische Analyse des Nachhaltigkeitsgipfels von Rio 2012. 5 Euro. [www.germanwatch.org/de/4724](http://www.germanwatch.org/de/4724)
- Briefing Paper: Into Unknown Territory. The Limits to Adaptation and Reality of Loss and Damage from Climate Impacts. Kostenlos. [www.germanwatch.org/de/4445](http://www.germanwatch.org/de/4445)
- Unterrichtsmaterial: Klimaschutz Aktionsheft. Überarbeitete Version 2012. Kostenlos. [www.germanwatch.org/de/4296](http://www.germanwatch.org/de/4296)

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: [versand@germanwatch.org](mailto:versand@germanwatch.org), Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

[www.germanwatch.org/de/publikationen](http://www.germanwatch.org/de/publikationen)

Name, Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Tel./Fax

E-Mail

## Innovative Finanzquellen für Klimafinanzierung in Doha voranbringen

Die Industrieländer sagten bei den Klimaverhandlungen in Kopenhagen und Cancún zu, 30 Mrd. US-Dollar von 2010 bis 2012 als Schnellstartfinanzierung für Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern bereitzustellen. Sie verpflichteten sich, ab 2020 100 Mrd. US-Dollar pro Jahr zu mobilisieren. Noch gibt es keine Mittelzusagen für die Zeit von 2013 bis 2019. Wichtig ist, dieses Jahr in Doha einen Aufwuchsplan darüber zu verabschieden, wie die Industrieländer ausgehend vom derzeitigen Niveau die 100 Mrd. US-Dollar erreichen wollen. Die verlässliche Bereitstellung der Mittel ist für eine internationale entschlossene Abwendung eines gefährlichen Klimawandels essentiell.

Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise ist es für viele Industriestaaten schwierig, die Mittel zur Klimafinanzierung aus dem öffentlichen Haushalt zu bestreiten. Daher ist die Einführung von „innovativen Finanzierungsinstrumenten“ sehr wichtig. Eine vielversprechende Quelle wäre die Bepreisung von Emissionen aus dem internationalen Schiffs- und Flugsektor. Wengleich dort die Emissionen

stark ansteigen, werden sie bislang nicht adressiert. Eine Bepreisung ist aus zwei Gründen wichtig: Zum einen, um die Emissionen zu reduzieren, zum anderen, um Mittel für die internationale Klimafinanzierung zu generieren. Dieses Instrument könnte ein hohes Potenzial entfalten: je nach Berechnungsgrundlage zwischen 3 und 25 Mrd. US-Dollar.

Nach vergeblichem Warten auf eine globale Lösung im Rahmen der UN-Sonderorganisation für Zivilluftfahrt (ICAO) schritt die EU voran und bezog den Flugverkehr in ihren Emissionshandel (ETS) ein. Dazu sollten auch alle internationalen Flüge zählen, die in der EU starten oder landen. Das ICAO Council legte nun kürzlich einen Zeitplan vor, wie die Einführung eines marktbasierenden Mechanismus als globale Lösung bis zum Herbst 2013 vorangebracht werden kann. Die EU-Kommission hat jetzt mit Aussicht auf eine globale Lösung angekündigt, bis dahin internationale Flüge aus dem EU ETS auszunehmen. Dies erhöht den Druck auf ICAO, ein globales Abkommen zu verabschieden. Sollte dies nicht erreicht werden, muss die EU alle Flüge automatisch wieder in den ETS mit einbeziehen.

Nun braucht es ein deutliches Signal: Die Klimakonferenz in Doha sollte einen Auftrag an ICAO und die UN-Sonderorganisation für Schifffahrt (IMO) erteilen, einen Mechanismus zur Emissionsminderung zu etablieren. Dieser Mechanismus sollte, neben der Emissionsreduktion, das Prinzip der gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung von Industrie- und Entwicklungsländern berücksichtigen und zudem Mittel für die internationale Klimafinanzierung generieren. Dieses Prinzip könnte berücksichtigt werden, indem ein Teil der Erlöse – entsprechend den Auswirkungen auf das Entwicklungsland – zurückzugeben werden. Im Idealfall sollten diese Mittel für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in dem Land oder in den am wenigsten entwickelten bzw. den verletzlichsten Ländern genutzt werden. Erlöse der Industrieländer sollten dem neuen Grünen Klimafonds zugute kommen. Es ist nun endlich an der Zeit, Entscheidungen zu treffen und einen solchen Mechanismus zu etablieren.

Anja Esch, Linde Griefhaber

## Anpassung an die Klimafolgen konkret: der UN-Anpassungsfonds

Zuletzt war der Grüne Klimafonds (GCF) in Zaller Munde, nachdem Deutschland mit der UN-Stadt Bonn den Zuschlag als Sitz für dieses zukünftig wichtige internationale Instrument der Klimafinanzierung nicht bekommen hat. Der GCF schlägt nun in Südkorea seine Zelte auf. Die dortige Regierung hat die große Verantwortung, den Aufbau des GCF zu einer schlagkräftigen, unabhängigen Institution nach Kräften zu unterstützen. Deutschland als eines der wohlhabendsten Industrieländer muss weiterhin an einem erfolgreichen Design des GCF mitwirken.

Doch im Schatten des GCF, der noch nicht voll funktionsfähig ist, fördert der unter dem Kyoto-Protokoll gegründete Anpassungsfonds bereits konkrete Projekte, die die besonders verletzlichen Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern vor dem Klimawandel schützen sollen. Mit Unterstützung der Internationalen Klimaschutz-Initiative des Bundesumweltministeriums hat Germanwatch, das die Entwicklung des Fonds seit 2008 verfolgt, ein internationales Netzwerk von zivilgesell-

schaftlichen Organisationen aufgebaut, um die Umsetzung zu begleiten. Partner aus diesem Netzwerk erarbeiteten gemeinsam mit Germanwatch Fallstudien in Ländern wie Senegal, Honduras, Nicaragua und Pakistan, um erste Eindrücke von der Umsetzung von Projekten vor Ort zu bekommen. Dabei geht es um Maßnahmen des Küstenschutzes aufgrund des Meeresspiegelanstiegs, Schutz vor Risiken durch Gletscherschmelze oder die Sicherstellung der Wasserversorgung bei Extremwetterereignissen. Die Ergebnisse zeigen: Die Menschen vor Ort sehen in vielen Fällen einen Nutzen zur Verringerung ihrer Verletzlichkeit, werden gleichzeitig aber nicht immer ausreichend in die Entwicklung und Umsetzung der Projekte einbezogen. Die internationale Dimension wie auch die Komplexität des Themas Anpassung tragen gleichzeitig dazu bei, nationale Institutionen stärker an einen Tisch zu bringen und sich besser zu koordinieren.

Deutschland hat mit zehn Millionen Euro bisher relativ wenig in dieses wichtige Instrument eingezahlt, viel weniger als zum Beispiel Spanien

(45 Millionen €). Der Klimagipfel von Doha sollte als gute Gelegenheit genutzt werden, um noch einmal nachzulegen. Denn Bedarf an Finanzierung gibt es genug.

Sven Harmeling

Zur Studie: [www.germanwatch.org/de/5604](http://www.germanwatch.org/de/5604)

### Ja, ich unterstütze Germanwatch

Ich spende an Germanwatch einmalig den Betrag von \_\_\_\_\_ € per Lastschrift.

Ich werde Fördermitglied von Germanwatch und zahle  
 monatlich  halbjährlich  jährlich  
 den Betrag von \_\_\_\_\_ € (Mindestbeitrag:  
 5 € monatl. / 30 € halbjährl. / 60 € jährlich.)

Ich bin damit einverstanden, dass Germanwatch diesen Betrag von meinem Konto abbucht. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit kündigen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein kontoführendes Kreditinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Konto-Nr.

Geldinstitut

BLZ

Datum/ Unterschrift

Name

Vorname

Straße / Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail

Bitte einsenden an: Germanwatch e.V., Schiffbauerdamm 15, 10117 Berlin

Sie können auch per Überweisung spenden (Bankverbindung siehe Impressum).

Ihre Spende ist steuerabzugsfähig. Anfang des kommenden Jahres erhalten Sie ab einer Spende von 25 € automatisch eine Spendenquittung. Bei Beträgen darunter legen Sie Ihrer Steuererklärung einfach den Kontoauszug bei.

## Germanwatch-Kurzfilme zur „Großen Transformation“ online

„What am I?“ (Was bin ich?) – so lautet der Titel eines Kurzfilms, der bei dem von Germanwatch ausgeschriebenen Drehbuchwettbewerb im Rahmen der Konferenz „Dialogue on Transformation“ den 1. Preis erhielt. Während des geselligen Ratespiels „Wer bin ich?“ verkörpern vier Freunde jeweils eine der multiplen Krisen, durch die das sozial-ökologische Gleichgewicht auf der Erde derzeit umzukippen droht: Ernährungs- und Klimawandel, schwindende Ölreserven und Finanzspekulationen. Schnell wird ihnen ihre Rolle bewusst – die anfängliche gute Stimmung droht zu kippen. Sie vereinbaren eine zweite Spielrunde unter umgedrehten Vorzeichen. Auf der Suche nach lösungsorientierten Spielfiguren, entscheiden sich die vier Freunde unabhängig voneinander für den gleichen Begriff: Große Transformation.

Neben „What am I?“ zeichnete Germanwatch außerdem noch den Kurzfilm „Human Earthbeat“ mit einem Sonderpreis aus. Schon zu Beginn verdeutlichen die ersten Worte die zentrale Botschaft: „Wir leben auf einem Planeten – einem klei-



nen Planeten!“ Der animierte Film thematisiert auf illustrative Art und Weise den Gesundheitsstatus unserer Erde und dessen negative Veränderung innerhalb der vergangenen Epochen. Eine EKG-Aufzeichnung des „Patienten Erde“ visualisiert Themen wie Kolonialisierung, technologische Meilensteine, Ernährungs-, Klima- und Energiekrise und vermittelt so das zwingend notwendige Umdenken von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.

Boris Schinke

Die beiden Kurzfilme finden Sie auf dem Germanwatch-Kanal bei YouTube:  
[www.youtube.com/Germanwatch](http://www.youtube.com/Germanwatch)